

Museumsverband

**Niedersachsen und
Bremen e.V.**

Geschäftsstelle:
Rotenburger Str. 21
30659 Hannover
Tel.: (0511) 21 44 98-3
info@mvnb.de
www.mvnb.de

Vorsitzender:
Prof. Dr. Rolf Wiese, Winsen (Luhe)
1. Stellv. Vorsitzende:
Dr. Heike Pöppelmann, Braunschweig
2. Stellv. Vorsitzende:
Dr. Katja Pourshirazi, Bremen

Anhörungsverfahren zur Umsetzung der Reform der gymnasialen Oberstufe (VO-SEK II-Abitur und EB-VO-SEK II-Abitur)

Stellungnahme des Museumsverbandes für Niedersachsen und Bremen e. V.

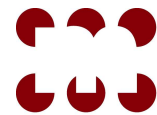
Hannover, 01.10.2026

Der Museumsverband für Niedersachsen und Bremen e. V. (MVNB) begrüßt das Ziel des Kultusministeriums, die gymnasiale Oberstufe und Abiturprüfung zu modernisieren. Allerdings darf die Stärkung der Schülerorientierung und der Möglichkeiten der individuellen Profilbildung für Schülerinnen und Schüler nicht den Geschichtsunterricht in der Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe zur Disposition stellen. An dieser Stelle gefährdet die geplante Oberstufenreform die historische Bildung in Niedersachsen. Wenn das Fach Geschichte in der Einführungsphase nur noch Wahlfach wäre, würde ein Teil der niedersächsischen Abiturientinnen und Abiturienten die Schule ohne vertiefte historische Bildung verlassen. Dies hätte sowohl gesamtgesellschaftliche als auch fachspezifische Folgen.

Vor dem Hintergrund von erstarkendem Populismus und Extremismus, gesellschaftlicher Polarisierung und sinkendem Vertrauen in die öffentlich-rechtlichen Medien und Institutionen wird die historische Bildung als Teil der Demokratiebildung wichtiger denn je. Die Aufgabe des Geschichtsunterrichts als Pflichtfach würde vor den aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen und Disruptionen eine Schwächung der demokratischen Urteilskraft bedeuten, da ein grundlegendes Verständnis für historische Entwicklungen und Zusammenhänge nicht mehr ausreichend vermittelt werden könnte. Historische Bildung ist unverzichtbar für die Allgemeinbildung (Lebensweltbezug), die politische Bildung (Analyse-, Urteils- und Handlungskompetenzen) und die Medienbildung (kritischer Umgang mit Informationen, Quellen und Manipulation).

Neben diesen gesamtgesellschaftlichen Folgen hätte der Wegfall der verpflichtenden Belegung des Fachs Geschichte in der Einführungsphase auch gravierende Folgen für die Hochschulbildung in den Geschichtswissenschaften und damit ihren angewandten Berufsfeldern – neben der Schul- und Erwachsenenbildung sind hier insbesondere die Archive und nicht zuletzt die Museen zu nennen.

Die Entwicklung der Studierendenzahlen in den Geschichtswissenschaften an den Universitäten Niedersachsens ist in den vergangenen Jahren durch einen kontinuierlichen Rückgang gekennzeichnet. Die Verschiebung des Geschichtsunterrichts in die unteren Klassenstufen würde diesen Trend noch verschärfen. Höheren Jahrgängen würde die Möglichkeit genommen, Interesse an komplexeren historischen Fragen zu entwickeln und geschichtliche Zusammenhänge vertieft zu



Museumsverband

Niedersachsen und
Bremen e.V.

bearbeiten und zu verstehen. An Schulen mit Integrationsfächern wie „Gesellschaftslehre“ würden Jugendliche dem Fach Geschichte erst spät als eigenständiger Disziplin begegnen. Die Folge wäre ein Abitur, das auf minimaler historischer Bildung basiert. Die Wahrscheinlichkeit, nach der Schule ein Studium der Geschichts- oder Kulturwissenschaften zu absolvieren, würde weiter sinken. Dabei ist der allgemeine Fachkräftemangel im angewandten Bereich der Museen längst angekommen. Aktuell deckt die Zahl der Universitätsabsolvent*innen der einschlägigen Museumsfächer nicht die Bedarfe der Museen. – Der Großteil der rund 670 Museen in Niedersachsen (rund 85%) gehört zu den historischen Museen. Die Nachfrage an Absolvent*innen der Geschichts- und Kulturwissenschaften ist entsprechend hoch.

Aus den hier skizzierten Gründen fordert der MVNB:

**Der Geschichtsunterricht muss in der Einführungsphase
der gymnasialen Oberstufe (Jahrgang 11) Pflichtfach bleiben!**